STADT SANKT AUGUSTIN



Niederschrift

über die 04. Sitzung des Gebäude- und Bewirtschaftungsausschusses am 27.01.2015

Sitzungsort: kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin

Beginn: 18:00 Uhr Ende: 18:52 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Piéla, Günter Vorsitzender

CDU-Fraktion

Leitterstorf, Sigrid Ratsmitglied Müller, Bernhard Ratsmitglied Müller, Werner Ratsmitglied Willenberg, Frank Ratsmitglied

Hintz, Wolfgang sachkundige/r Bürger/in Dziendziol, Dieter Ratsmitglied vertretend

Liebers, Ralf sachkundige/r Bürger/in vertretend

SPD-Fraktion

Quast, Björn sachkundige/r Bürger/in

Seifen, Torsten Ratsmitglied Nettesheim, Andreas Ratsmitglied

Grün, Guido sachkundige/r Bürger/in

Staeck, Uwe-Karsten Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Günther, Christian Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Janßen, Werner sachkundige/r Bürger/in

Fraktion AUFBRUCH!

Schmidt, Martin sachkundige/r Bürger/in

DIE LINKE. Fraktion

Bierschenk, Paul sachkundige/r Bürger/in

Protokollführer/in Müller, Ellen

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Quadt, Wilfried

Ratsmitglied sachkundige/r Bürger/in Felder, Josef

Von der Verwaltung

Frau Draheim

Herr Gleß

Herr Otto

Herr Schmitz

Herr Trösser

Herr Weiser

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Тор	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

- 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
- 2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 28.10.2014 und 25.11.2014
- 3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 25.11.2014 gefassten Beschlüsse
- 4. Stand der laufenden Baumaßnahmen des Gebäudemanagements, Bericht der Verwaltung
- 5. Anträge der Fraktionen
- 6. Anfragen und Mitteilungen
- 6.1. Anfragen
- 6.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1.		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2.		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften der nicht öffentlichen Sitzungen vom 28.10.2014 und 25.11.2014
3.		Bericht über den Stand der Ausführung der in der nicht öffentlichen Sitzung am 25.11.2014 gefassten Beschlüsse
4.	14/0443	Sanierung Gesamtschule Menden, Bieterwettbewerb TGA-Planungsleistungen, LOS 3
5.	15/0014	Fußgängersignalanlage Pleistalstraße /Grünes C; Mehrkosten
6.		Grünes C; Bericht der Verwaltung
7.		Anträge der Fraktionen
8.		Anfragen und Mitteilungen
8.1.		Anfragen
8.2.		Mitteilungen

Тор	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
Öffentli	Öffentlicher Teil:		
1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der recht- zeitigen und formgerechten Einladung, der feh- lenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesord- nung	
	Einladung so	itzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige wie die fehlenden Mitglieder fest. Anträge zur Tagesor	
2		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 28.10.2014 und 25.11.2014	
		nm die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vo Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.	m 28.10.2014
3		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 25.11.2014 gefassten Beschlüsse	
Der Aus	sschuss nahı	m den Bericht zur Kenntnis.	
4		Stand der laufenden Baumaßnahmen des Gebäudemanagements, Bericht der Verwaltung	

Herr Weiser informierte über die laufenden Baumaßnahmen. Der Sachstand der Projekte, der Sachstandsbericht Sanierung Sporthalle RSG (Rhein-Sieg-Gymnasium) und die Kostenverfolgung Sanierung Sporthalle RSG sind als **Anlage 1-3** dieser Niederschrift beigefügt.

Herr Weiser machte kurz darauf aufmerksam, dass derzeit ein aktueller Projektstrukturplan vorliegt Eine Anpassung wird zur Ausschusssitzung im Februar 2015 eingereicht werden.

Beim Sachstandsbericht Sanierung Sporthalle RSG ergänzte Herr Weiser, aktuell ein technisches Problem aufgetaucht ist, zu dem er heute keine konkrete Aussage treffen kann, was aber in der nächsten GuB-Ausschusssitzung nachgeholt wird. Voraussichtlich muss hinsichtlich der Zeit und den Kosten nachgebessert werden. Der Kostenverfolgung ist allerdings zu entnehmen, dass ein finanzieller Puffer von ca. 416.000 EUR eingearbeitet ist, um Unvorhergesehenes abzufedern.

Der Bericht von Herrn Weiser wurde ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Danach führte Herr Gleß näheres zum IHK(Integriertes Handlungskonzept) aus, dass derzeit von der Verwaltung erstellt wird. Er erinnerte daran, dass der Masterplan "Urbane Mitte" in intensiver Kommunikation mit der Bürgerschaft erstellt wurde und zu einer regen Bautätigkeit im Zentrum der Stadt geführt hat.

Die im Masterplan erwähnten unterschiedlichen Baugrundstücke zwischen den Schnittstellen werden zur Zeit der Entwicklung zugeführt. Auch war geplant die öffentlichen Freiflächen, die nicht unbedingt für eine Bebauung in Frage kommen, weiter zu entwickeln. Alle diese, im Masterplan getroffenen Aussagen, sind in Maßnahmen umzusetzen, müssen finanziert und zur Entlastung des Haushaltes durch Fördergelder unterstützt werden.

Eine Bürgerbeteiligungsveranstaltung zum IHK hat in der 4. KW 2015 stattgefunden und im Zentrumsausschuss ist ebenfalls eine Information erfolgt. Im Einzelnen beinhaltet das IHK die Möglichkeit der Anbindung der Südstraße zum Zentrum, den Ausbau der Campus Magistrale als Anschluss an den Erweiterungsbau der Hochschule und die Umsetzung eines Umbaus im unteren Teil des Marktplatzes.

Dieses Handlungskonzept ist Grundlage für einen Förderantrag, der bis spätestens August/September 2015 bei der Bezirksregierung eingereicht werden soll. Die städtebaulichen Fördermittel belaufen sich von Bund und Land auf insgesamt 70 %, sodass für die Stadt ein Eigenanteil von 30% verbleibt. Das bedeutet, dass in den nächsten 6-7 Jahren weitere notwendige Baumaßnahmen auf die Stadt zukommen würden. Dies soll dazu beitragen, verschiedene Bereiche des Zentrums besser miteinander zu verbinden und die Lebensqualität zu steigern. Die Bezirksregierung hat der Verwaltung Mut gemacht, diesen Förderweg zu beschreiten. Eine Garantie, ob dieser Weg auch erfolgreich sein wird, gibt es nicht.

Beim Förderantrag geht es allerdings nicht nur um öffentliche Räume, sondern auch um öffentliche Gebäude. Im Geltungsbereich des Masterplans "Urbane Mitte" sind drei öffentliche Gebäude, die mit in den Förderantrag einfließen sollen. Dabei handelt es sich um das Rhein-Sieg-Gymnasium mit der energetischen Ertüchtigung und der Außenraumgestaltung, das Jugendzentrum und das Rathaus. Für diesen sogenannten Grundförderantrag muss im Zentrumsausschuss noch ein Beschluss herbeigeführt werden. Sollte diesem Grundförderantrag von der Bezirksregierung stattgegeben werden, wird das IHK in den nächsten Jahren Schritt für Schritt, ohne das Zentrum mit Maßnahmen zu überfrachten, umgesetzt. Diese Maßnahmen werden sich dann zu gegebener Zeit auch im Projektstrukturplan wiederfinden, über dessen Stand das Gremium regelmäßig informiert wird.

Frau Leitterstorf wünschte eine Aussage zum aktuellen Stand einer zusätzlichen Personalakquirierung. Es wurde ihr berichtet, dass Stellen nicht besetzt werden können. Sie fragte nach was die Verwaltung diesbezüglich zu tun gedenkt.

Herr Gleß räumte ein, dass es für den öffentlichen Dienst auf dem Arbeitsmarkt derzeit nicht leicht ist und der Zugriff darauf immer kleiner wird. Im Gegensatz zum BAT (Bundesangestelltentarifvertrag) ist der TVöD (Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst) dabei bedauerlicherweise wenig flexibel. Der BAT hatte hier attraktivere Möglichkeiten geboten.

Die unbefristeten Stellen konnten mit guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt werden. Aber die Verwaltung blieb dabei erfolglos, zwei befristete Stellen im Architektenbereich zu besetzen. Zu diesem Zeitpunkt die Einstellung von Vollzeit-Architekten zu forcieren, wäre kurzsichtig, denn damit geht auch einher, den entsprechenden Unterbau zur Verfügung zu stellen. Es werden zwangsläufig Verwaltungskräfte in den fachlichen Bereichen, der ZV und dem RPA benötigt, um die Ausführung der Projekte zu begleiten, wenn es zu einer höheren Arbeitskapazität kommt.

Daneben müssen auch die Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Derzeit ist die Verwaltung an vier unterschiedlichen Standorten untergebracht (Ärztehaus Obergeschoss und Erdgeschoss, GMD und Rathaus) und die Organisationseinheiten sind auseinander gezogen. Mit dem bestehenden Personal ist geplant, sich nur noch auf zwei Standorte beschränken zu wollen. Organisationseinheiten, die zusammengehören, wie die des technischen Dezernates, sollen in einem Gebäude untergebracht werden. Dadurch werden die Wege kürzer und die Arbeitseffizienz wird gesteigert.

Eine Optimierung durch ein entsprechendes Raumkonzept ist geplant und es wird angestrebt, ein ausgewogenes Verhältnis bei der Anzahl der Mitarbeiter/innen herzustellen. Eine übereilte Personalakquise im Architektenbereich wäre derzeit kontraproduktiv.

5		Anträge der Fraktionen	
Es lagen	keine Anträç	ge vor	
6		Anfragen und Mitteilungen	
6.1		Anfragen	

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet

Seite 8 der Niederschrift über die 04. Sitzung	g des Gebäude	 und Bewirtschaftun 	gsausschusses
			vom 27 01 2015

6.2	Mitteilungen	

Mitteilungen lagen keine vor

Ende des öffentlichen Teils um 18:32 Uhr